BEE
Bundesverband
Erneuerbare Energie e.V.

Reinhardtstraße 18
10117 Berlin

Fon 030 / 275 81 70 - 0
Fax 030 / 275 81 70 - 20

info@bee-ev.de
www.bee-ev.de

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregister 21078

Deutsche Kreditbank
BLZ 120 300 00
Konto 10 01 17 86 54

BEE e.V. • Reinhardtstraße 18 • 10117 Berlin
Herrn Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Dr. Philipp Rösler
11019 Berlin

Berlin, 22. Juli 2013

**Energiewende-Moratorium**
**Ihr Gastbeitrag in der FAZ am 12. Juli**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

in Ihrem gemeinsam mit Rainer Brüderle gezeichneten Gastkommentar fordern Sie ein „Moratorium“ für die Energiewende. Wir fragen uns, was damit aus dem Mund eines liberalen Wirtschafts- und Technologieministers gemeint sein kann:

Fordert ein seriöser liberaler Wirtschaftsminister wirklich, eine lebendige, mittelständisch geprägte Wirtschaftsbranche „auf Eis zu legen“ und nimmt er an, dass die Unternehmen dann einfach die mehr als 380.000 Arbeitsplätze trotz leerer Auftragsbücher für 6, 12 oder 18 Monate erhalten?

Trotz der vielen durch Ihren Text aufgeworfenen Fragen wollen wir jedoch auch inhaltlich Stellung nehmen:

1. Im Beitrag verdrehen Sie die Idee der Energiewende und sprechen sich letztlich für die Rückkehr zu einem fossil-atomaren Energieversorgungssystem aus. Dagegen stellen wir die durch Bürger und Parlament legitimierte saubere Energiewende mit einer tiefgreifenden Transformation der Energiewirtschaft, in deren Mittelpunkt die Erneuerbaren Energien stehen müssen und stehen werden.
2. Sie stellen die Behauptung auf, dass die Energiewende erst zwei Jahre alt sei, und ignorieren damit die jahrzehntealte Bürgerbewegung für Atomausstieg und Energiewende, das Erneuerbare-Energien-Gesetz aus dem Jahr 2000 und den fast zeitgleich beschlossenen Atomausstieg, ja selbst das im Jahr 1990 von einer christlich-liberalen Regierung

Ehrenpräsident
Matthias Engelsberger †

Präsident
Dietmar Schütz

Vizepräsidenten
Dr. Erwin Knapek
Carsten Körnig
Hans-Peter Lang
Josef Pellmeyer
Sylvia Pilarsky-Grosch

Weitere Vorstandsmitglieder
Hermann Albers
Heinrich Bartelt
Elmar Baumann
Martin Bentele
Henning Dettmer
Rainer Hinrichs-Rahlwes
Daniel Hölder
Helmut Jäger
Milan Nitzschke
Bastian Olzem
Philipp Vohrer

Geschäftsführer
Dr. Hermann Falk

beschlossene Stromeinspeisungsgesetz.

3. Zudem wollen Sie das Ausbauziel für Erneuerbare Energien streichen und in Zukunft nur noch den Markt sprechen lassen. Die Marktpreise liegen aber bis auf weiteres so niedrig, dass sich keine Investition rentieren würde – übrigens auch nicht in neue fossil betriebene Kraftwerke. Damit gefährden Sie eine ganze Branche mit tausenden Unternehmen und hunderttausenden Mitarbeitern. Sie dürften der erste Wirtschaftsminister der Republik sein, der sich dafür ausspricht, dass in unserer freien Wirtschaftsordnung eine Branche ihren Betrieb einstellen soll.
4. Ihre Begründung für das Opfern von hunderttausenden Arbeitsplätzen ist, dass angeblich der Netzausbau und die Energiespeicherforschung nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt halten könnten. In Bezug auf den Netzausbau stellen Sie sich damit in Widerspruch zu dem gerade erst von Ihrem Haus vorgelegten und vom Bundestag beschlossenen Bundesbedarfsplangesetz und zu dem Netzentwicklungsplan der Bundesnetzagentur, die selbst einen ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien abdecken. Bei der Aussage zur Energiespeicherforschung vermuten wir, dass dies nicht ernst gemeint ist, jedenfalls nicht so ernst, um als Begründung zu dienen, hunderttausende Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Deutsche Unternehmen beherrschen schon jetzt die meisten der notwendigen Ausgleichs- und Speichertechnologien, wie sich unter anderem bei der Hannover Messe Jahr für Jahr zeigt.
5. Ein liberaler Wirtschaftsminister müsste es als seine oberste Aufgabe betrachten, dass die Preise an den Märkten die Wahrheit sagen. Dazu gehört auch, dass sich die Umwelt- und Klimakosten in den Marktpreisen widerspiegeln. Aber genau das verhindern Sie mit Ihrer Blockade eines funktionierenden Emissionshandels. Damit verteidigen Sie zugleich die immensen Marktverzerrungen zugunsten der Kohlekraftwerke, die immer mehr Klimagase ausstoßen. Und damit tragen Sie auch die direkte Verantwortung für den Anstieg der EEG-Umlage: je niedriger die CO2-Preise, desto höher die EEG-Umlage. Wenn die CO2-Kosten vollständig in die Marktpreise einfließen würden, würde die EEG-Umlage schmelzen wie Eis in der Sonne.
6. Die FDP bezeichnet sich selbst als bürgerliche Partei. In Ihrem Gastbeitrag diffamieren Sie aber die Millionen hart arbeitenden und engagierten Bürger, die sich für die Energiewende einsetzen, eigene Anlagen betreiben oder durch eine finanzielle Beteiligung unternehmerisches Risiko auf sich nehmen. Der Bürgerenergiewende setzen Sie eine Konzernenergiewende entgegen, bei der die alten Energieversorger selbst den Weg festlegen sollen – dies ist schwer vereinbar mit Ludwig Erhardts Grundgedanken von Wettbewerb und Anti-Kartellierung.
7. Auch als FDP-Vorsitzender sollten Sie nicht aus ideologischen Gründen bestimmte Wirtschaftszweige und Technologien verteufeln. Die FDP hat der politischen Konkurrenz immer wieder Technikfeindlichkeit vorgewor-

fen, wenn es um die Gentechnik und die Atomenergie ging. Bei der Solartechnik, der Windtechnik und den anderen Erneuerbaren Energien fällt der Vorwurf auf Sie zurück.

Sie sind sicher einer Meinung mit uns, dass ein Bundeswirtschaftsminister große Verantwortung trägt und in seinem Amt die notwendige Seriosität gegenüber Bürgern und Unternehmen an den Tag legen sollte. Wir bitten Sie herzlich, zu diesen Prinzipien zurückzukehren.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Schütz
Präsident